

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No. 77

Preisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgömmerner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Frauenstadt.

Abonnementpreis: Im Monat Oktober 19 000 000 M., und nachhergehend. Ein einzelnes Exemplar 5 M. M. | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum Grundzahl M. 45, Grundzahl einer Reklameweile  
mit Rückstellungen der Zeitung infolge höherer Gewalt über Geschäftsleitung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | M. 150. Die Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 12 Millionen zu multiplizieren. Bei Wiederholung Rabatt

No. 243.

Altensteig, Dienstag den 28. Oktober.

Jahrgang 1933

## Gegen Naturalien

(Getreide, Kartoffeln, Butter, Eier oder Obst etc.)  
Liesern wir unsere Zeitung für die Monate  
November und Dezember.

Bestellungen wollen in der Geschäftsstelle unseres Blattes  
gemacht werden.

## Um die Reichseinheit.

Ein schwarzer Sonntag liegt hinter uns. In Kassel haben Sonderbündler in einer zunächst örtlichen Unternehmung die „Rheinische Republik“ ausgerufen, die öffentlichen Gebäude besetzt und eine vorläufige Regierung ins Leben gerufen. Die Führung soll ein Kaufmann Deckers haben. Die eigentlichen Sonderbündlerführer, die von Frankreich unterstützten Dorten, Matties und Smeets, sollen noch nichts mit der Aktion zu tun haben. Es handelt sich zunächst um einen Versuch, dessen Auswirkung erst in den nächsten Tagen abzusehen ist, wenn man weiß, ob diese Abtrennungsbestrebungen überhaupt in der besetzten belgischen und englischen Zone Erfolg haben. Die Entscheidung liegt bei denen, die Waffen haben. Sie entscheiden, ob der Kasselner Putsch einseitig die Abtrennung des Rheinlands besiegelt. Am Willen der Rheinländer allein, die oft genug ihre Reichstreue bekundet haben, liegt es nicht. Da aber bereits von „Besetzen“ und dem Einzug „rheinischer Truppen“ geredet wird, kann man darauf rechnen, daß die Sache nicht so harmlos und rein örtlich verläuft, wie manche Meldungen besagen wollen. Der Boden im Ruhrgebiet ist reich für solche Unruhbewegungen, denn das Franzosenregiment hat demoralisierend gewirkt. Die neuesten Entscheidungen der Reichsregierung, namentlich das Aufheben jeder finanziellen Unterstützung, und der durch die Franzosen verpörrte Weg zur Wiederaufnahme der Arbeit, haben jene Katastrophensituation erzeugt, die die Vaterlandsverräter und Sonderbündler zu nützen wissen.

Und nun ist vollends in Bayern der Konflikt mit dem Reich bis zum Bruch gekommen. Die Reichsregierung hat es in ihrem Aufruf einen Verfassungsverstoß genannt. Militärisch gesprochen hat General von Lossow, der von der Reichsregierung entsandte Militärbefehlshaber von der bayerischen Division, eine Disziplinlosigkeit begangen, eine Auflehnung, als er die Entlassung, die ihm von Berlin wegen der Vorkommnisse zubilligt wurde, nicht annahm und sich hinter die bayerische Regierung, hinter den Generalstaatskommissar von Rahe und den Ministerpräsidenten von Krieger verband. Lossow hat sich über die Befehle von Berlin und die Vermittlungsaktion des Reichswehrministers Gehler, der nach Augsburg fuhr und dort mit dem bayerischen General Kress von Kressenstein, hinweggesetzt. Die bayerische Regierung aber hat den Konflikt, der von Anfang an ein politischer Gesicht hatte, auf politischem Wege erledigen wollen. Durch einige Ungelegenheiten in Berlin ist dann zum politischen Bruch auch noch der militärische gekommen. Bayern hat die Reichswehr auf sein Land und seine Regierung verpflichtet und General Lossow zum bayerischen Landeskommendanten ernannt.

Es ist zweifellos, wenn man die Aufrufe der Reichsregierung und die Kundgebungen aus Bayern liest, daß Schuld auf beiden Seiten liegt, aber mehr auf der bayerischen, soweit die Veröffentlichung der Tatsachen bekannt ist. Und nun sind herüber und hinüber harte Worte gewechselt und die Brände abgebrochen. Es handelt sich um tiefsten Grunde eben nicht um den „meinernden General Lossow“, sondern um die gesamtpolitische Auffassung. Wenn Staatskommissar von Rahe den Gegenstand dahin deutet, daß es sich um den großen Kampf der marxierten internationalen und unbedeutenden Einstellung gegen die nationale und christliche Volksgemeinschaft handle, so trifft er doch den Kern der Sache, wenn man es in Berlin auch nicht zugeben will. Es ist der große Kampf der Gegenwart damit angedeutet, dessen entscheidendes Stadium jetzt überhaupt erst kommt. Es handelt sich darum, ob in Zukunft in Deutschland eine sozialistisch-kommunistische Staats- und Weltanschauung Platz greifen und die Gesamtwirtschaft ummodellieren soll oder ob auf nationalen und bürgerlichen Grundlagen weitergebaut werden soll. Diese Tatsache wegstreiten oder sich ihrer Entscheidung durch ein Lavieren in der Regierung zu entziehen, bedeutet eine Vogel-Strouppolitik. Die Vorgänge in Sachsen haben es gezeigt. Und es ist recht bezeichnend,

daß zwischen Sachsen und Berlin so eine Art Verständigung erzielt wurde. Die Entscheidung über dieses grundsätzliche Programm muß kommen angesichts der Erdrosselungspolitik unserer Gegner, angesichts des vollkommenen Ruins unserer Währung und des abzu-sehenden Zusammenbruchs unserer Wirtschaft.

Und nun sind die Vermittlungs- und Verständigungsmänner am Werk, um den Riß in der Einheit des Reichs zu verkleben. Ob es gelingen wird? Auf wie lange? Der Tag wird dennoch kommen, daß Entscheidungen getroffen werden, ob in Berlin oder in München, die den Weg der deutschen Politik klar und frei machen.

Das bayerische Vorgehen bedeutet politisch die Loslösung Bayerns vom Reich. Das ist das Schmerzliche und Betrübenste, das aber kommen konnte, eben weil es der deutschen Politik an Geduldigkeit und Entschlossenheit fehlte. Von Stuttgart aus, wo Baden, Hessen und Württemberg durch ihre Vertreter versammelt waren, wird der Mahnruf zur Einheit des Reichs ergehen. Er wird nur dann Erfolg haben, wenn man überall jene Klarheit für die Führung der inneren und äußeren deutschen Politik zurückgewinnt, die man leider in den letzten Wochen so sehr vermisste.

### Wie der Konflikt entstand.

Von Seiten der Reichsregierung wird die Entstehung und der bisherige Verlauf des Konflikts folgendermaßen dargestellt:

Der „Söldliche Beobachter“ hatte einen Artikel gedruckt, der einige den General von Lossow verletzende Äußerungen enthielt. Herr v. Rahe wurde darauf von Berlin aus ermahnt, das Blatt zu verbieten, begnügte sich aber zunächst mit einer Verwarnung. Nun erteilte der Reichswehrminister den Befehl an General von Lossow, den „Söldlichen Beobachter“ zu verbieten und die Anordnung nötigenfalls mit Gewalt durchzuführen. Hierauf hat General von Lossow in einem offenen Telegramm geantwortet, daß er den Befehl nicht ausführen könne, da ihn das in Konflikt mit der bayerischen Regierung bringen würde, und daß er auch in Zukunft nur solche Befehle ausführen könne, die nicht derartige Konflikte hervorrufen. Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, der dieses Telegramm — ein angeklagter schriftlicher Bericht traf erst nach fünf Tagen ein — als Gehorsamsverweigerung aufnahm, forderte den General von Lossow schriftlich auf, seinen Abchied einzureichen. Der bayerische General erwiderte jedoch, er gedenke nicht, diese Konsequenz zu ziehen, sondern habe die Angelegenheit der bayerischen Regierung vorgelegt. Diese erklärte der Reichsregierung, daß sie den Fall nicht als einen militärischen, sondern als einen politischen ansehe.

Die Reichsregierung wollte versuchen, die Angelegenheit dadurch ohne Konflikt aus der Welt zu schaffen, daß General von Lossow bezeugen würde, daß von sich aus seinen Rücktritt zu erklären. Der Reichswehrminister Dr. Gehler begab sich deshalb nach Augsburg und hatte dort eine Unterredung mit dem bayerischen General Kress von Kressenstein, der die Vermittlung übernehmen sollte und sich auch bereit erklärte, dem General von Lossow zur Einreichung seines Abchieds zuzureden. In dieser Unterredung erwähnte Minister Gehler auch einen ihm aus Bayern zugegangenen Brief, worin gesagt war, daß der Reichsregierung nur zweierlei übrig bleibe: der vollkommene Rückzug oder der vollkommene Bruch mit Bayern. Dr. Gehler hat hierzu dem General von Kress gegenüber bemerkt, man solle doch nicht so leichtfertig von einem vollkommenen Bruch zwischen Bayern und dem Reich sprechen, denn ein solcher Konflikt würde auch die schwersten Konsequenzen für Bayern haben.

General von Kress, der es übernommen hatte, den General von Lossow zu einer Aussprache mit dem Reichswehrminister in Augsburg zu bewegen, telephonierte von München aus, Herr von Lossow lehne dies ab, habe vielmehr den ganzen Inhalt der Unterredung zwischen Gehler und von Kress dem Staatskommissar von Rahe und Ministerpräsidenten von Krieger mitgeteilt. General von Kress will aus dem Vorfall die Konsequenz ziehen, daß er seinen Abchied aus der bayerischen Armee nimmt. Die bayerische Regierung glaubte aus den ihr durch General von Lossow zugegangenen Mitteilungen folgern zu sollen, daß die Reichsregierung beschloßen habe, gegen Bayern in schärfster Form vorzugehen. Der Reichsminister hat dem bayerischen Gesandten von Preger gegenüber diese Auffassung entschieden als unrichtig erklärt und mitgeteilt, daß das Reichskabinett überhaupt noch nicht Stellung zu dem genannten Vorfall genommen habe.

In der

### Unterredung in Augsburg

Soll nun nach Münchener Darstellung Gehler mit der Abriegelung Bayerns von Reichsgeld und Reichseisenbahn und dem Telegrammverkehr gedroht haben. Jedenfalls erblickte die bayerische Regierung in diesem Auftreten Gehler's eine Provokation, die sie zu der Mitteilung an die Reichsregierung veranlaßte, daß sie jeden weiteren Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem General von Seeckt ablehnte.

Ein weiterer Verständigungsversuch gescheitert.

München, 21. Okt. Der Versuch der Reichsregierung, sich mit Bayern über den Fall Lossow zu verständigen, ist vergeblich gewesen. Reichsarbeitsminister Brauns, der am Samstag vormittag in München war, erklärte seine Mission für gescheitert.

Daraufhin haben sich die Ereignisse in folgender Weise abgepielt:

### Abberufung des Generals von Lossow.

Berlin, 21. Okt. Der Reichswehrminister hat den Generalleutnant v. Lossow vom Dienst entbunden und die Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres wurde der nächsthöchste bayerische Offizier, Generalmajor Freiherr Kress von Kressenstein, beauftragt. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da v. Lossow sich ausdrücklich weigerte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen und es absahnte, aus dieser Haltung selbst die Konsequenz zu ziehen.

### Aufruf des bayerischen Kabinetts.

München, 21. Okt. Das bayerische Gesamtministerium hat an das bayerische Volk nachstehenden Aufruf erlassen:

Reichswehrminister Dr. Gehler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern zwar einen militärischen Befehlshaber aber keinen Zivilkommissar ernannt. Darnach hat er das bereits vorher bestellte Generalkommissariat für Bayern anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister den General v. Lossow in einer Angelegenheit, die zur Unabhängigkeit des Generalkommissariats gehört, einen Befehl erteilt und hierdurch in die Vollhoheit Bayerns eingegriffen. General v. Lossow hat sich in der gegebenen schwierigen Lage in loyalster Weise mit der bayerischen Regierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die weitere Behandlung der Angelegenheit nach der politischen Seite für geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrücklich auf die schweren Folgen einer etwaigen Maßregelung des Generals v. Lossow hinwies. Gleichwohl hat der Reichswehrminister die Angelegenheit rein militärisch betrachtet und General v. Lossow seines Dienstes entbunden. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Maßnahme unmöglich hinnehmen und hat daher in Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General v. Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt.

### Ein Befehl Seeckts.

Berlin, 21. Okt. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Seeckt, erläßt folgenden Befehl: „An das Reichsheer! Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 27. (bayerischen) Division in Pflicht und ernannt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle entbundenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur.“

Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlichst auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich dem Befehl ihres höchsten Militärbefehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich gesichert und stets für verpflichtet.“

### Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 21. Okt. Die Reichsregierung erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande sämtliche Mächten eine Erklärung über die innenpolitische Lage ab-

gaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten verursachte unerträgliche Not im Rheinland und Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber den äußeren Gegnern fest zu stehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverbruch und eine innere Krise im Reich herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben solle oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen. Gerade die bayerische Staatsregierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, hätte sich klar darüber sein müssen, da die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayerische Staatsregierung, die wiederholt in den Ausführungen des Generalstaatskommissars v. Kahr die Bewahrung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, müßte sich klar darüber sein, daß national sein vor allen Dingen heißt, in Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen. Mit Entschiedenheit und Enttäuschung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschlands gegen den französischen Vernichtungswillen, der Generalstaatskommissar glaubt, die Brandfackel der Provokation in das deutsche Volk dadurch hineinzumwerfen zu können, daß er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage, deutsch oder nicht deutsch? Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemanden, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter deutschen Gesichtspunkten ansieht. Im Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Provokation entgegenzutreten im Kampf für das einzige, was uns gegenüber der uns angedrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist, für das Deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

#### Zur Ausruf Seces in Bayern verboten.

München, 22. Okt. Der Abdruck des Aufrufs des Generals von Seces an den bayerischen Teil der Reichswehr ist für das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern verboten worden.

#### Eine Kundgebung des Generalstaatskommissars.

München, 22. Okt. Generalstaatskommissar v. Kahr hat folgende Kundgebung erlassen: Die Anordnung des bayerischen Staatsministeriums, durch welche die Diensthebung des Generals von Seces für Bayern außer Wirksamkeit gesetzt wurde, stützt sich für Bayern auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung. Sie stellt daher keinen Verbruch der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßregel dar. Die Ernennung des Nachfolgers durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische Regierung unter keinen Umständen die erforderliche Zustimmung erteilen würde.

#### Die Verpflichtung der bayerischen Reichswehr.

München, 22. Okt. Die Verpflichtung der bayerischen Reichswehrtruppen an sämtlichen bayerischen Standorten ist in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Wortlaut des Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekannt gegeben wurde. Die Verpflichtungsformel lautet folgendermaßen:

Auf Grund des mir vorgelegten Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich für die bayerische Staatsregierung als die Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einbernehmens zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegen meine Vorgesetzten.

#### Württemberg, Baden und Hessen.

Stuttgart, 22. Okt. Die Staatspräsidenten und Mitglieder der württembergischen, badischen und hessischen Regierungen haben sich am Montag in Stuttgart zu einer Besprechung über die augenblickliche politische Lage zusammengefunden. Der Antrag des württ. Staatspräsidenten auf sofortige Einberufung des Reichsrats zur Besprechung der neuerdings entstandenen innerpolitischen Gefahr wurde allseits gebilligt. Die Besprechung gab Uebereinstimmung dahin, daß alle anwesenden Vertreter vorbehaltlos auf dem Boden der Reichseinheit stehen und daß alle Versuche, die — gewollt oder ungewollt — die Reichseinheit zu zerschneiden und die Autorität der Reichsregierung zu untergraben geeignet sind, verurteilt werden.

#### Erklärungen des bayer. Ministerpräsidenten.

München, 22. Okt. Bei dem Journalistenempfang am Montag durch den Ministerpräsidenten Dr. von Kautsky sprach dieser über die Unterredung des Reichswehrministers Geyser mit dem bayer. General von Krefz in Augsburg und stellte fest, daß es sich hier um eine dienstliche Unterredung handelte, und daß der Reichswehrminister durch seine Drohungen eine Bestimmung gegenüber Bayern gereizt habe, die das allergrößte Aufsehen habe erregen müssen. In der Berliner Meldung von einer angeblichen Entspannung zwischen Berlin und München erklärte der Ministerpräsident, daß eine Aussprache im Reichsrat nicht verhindert werden könne, daß er aber heute schon entschlossen sei, nicht selbst nach Berlin zu kommen, sondern durch den Gesandten von Broder den bayerischen Standpunkt darlegen zu lassen.

## Das Reich und Sachsen.

Treppen, 21. Okt. Ein neues Schreiben des Generals Müller an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Belgauer dürfte den Zwischenfall, der einen gefährlichen Konflikt heraufzubekommen drohte, seinem Abschluß näher gebracht haben. General Müller bezieht sich ausdrücklich auf die Beschlüsse der Reichsregierung. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß nach Westsachsen militärische Verstärkungen gelegt werden sollen, um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, die dort einigermaßen ins Wanken gekommen war. Wir hören, daß die Reichswehr ausdrücklich angewiesen wurde, daraus zurückzuhalten und nur einzuzutreten, wenn es, wie bei Plünderungen und Unruhen, absolut nötig ist. Man erwartet, daß schon die Anwesenheit starker militärischer Verbände genügen wird, um in dem belegten Gebiet die Sicherheitsverhältnisse wieder normal zu gestalten.

In den letzten Tagen sind mehrere Abteilungen der württembergischen Reichswehr in der Richtung nach Sachsen abtransportiert worden. Man hört, daß sie einmüßig in Hof an der bayerisch-sächsischen Grenze Halt machen.

#### Reichswehr in Leipzig eingerückt.

Leipzig, 22. Okt. Am Montag vormittag sind größere Abteilungen preussischer Reichswehr und zwar Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Leipzig eingerückt. Die Truppen werden zum Teil in Leipzig verbleiben, zum Teil nach Chemnitz, Plauen transportiert werden.

## Die Ausrufung der rheinischen Republik.

Köln, 22. Okt. Die sogenannte vorläufige Regierung in Aachen läßt Flugblätter in Aachen und in den benachbarten Industriestädten verteilen, in denen es heißt: Die Stunde der Freiheit hat geschlagen. Berlin hat Bankrott gemacht und die Rheinländer müssen sich selber helfen.

München-Gladbach, 22. Okt. Soeben 7.30 Uhr morgens sind bewaffnete Stoßtrupps bei den München-Gladbacher Zeitungen erschienen und haben das Erscheinen der Zeitungen für heute verboten, ihnen aber anheimgestellt, morgen wieder zu drucken, wenn sie sich der Zensur unterwerfen sollten. Die Sonderbändler waren mit Ausweisen vom „Rheinischen Unabhängigkeitsbund“ ausgestattet. Im Augenblick marschieren sie gegen das Rathaus zu, wo die ganze Polizei versammelt ist. Man weiß noch nicht, wie die Polizei sich verhalten wird, ob sie „neutral“ bleiben oder ob sie mit Waffengewalt dem unrechtmäßigen Vorgehen entgegenzutreten wird.

Der Führer der Aufständigen, der Kesselschmied Bernhard Diez aus Duisburg, der den Handreich durchgeföhrt hat, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Aachen:

Mit 350 Mann sind wir von Duisburg abmarschiert. Wir haben in Aachen Kameraden getroffen. Um 2 Uhr nachts, bei strömendem Regen, haben wir uns konzentriert. Wir waren dann etwa 2500 Mann stark. Keiner von uns war bewaffnet, das war ein Grundsatz, den wir angenommen und durchgeföhrt haben. Um 4 Uhr wehte die erste Fahne auf dem Postgebäude. Die Proklamationen wurden angeschlagen und wir besetzten das Rathaus, die Reichsbank und die Badeanstalten. Alle Säbte. Gebäude waren in unserer Gewalt. Die blaue Polizei hatte kapituliert. Einzig und allein die Telephonräulein haben zum Zeichen des Protestes gestreikt. In der Nacht zum Montag wurden München-Gladbach und Tresslet besetzt. Düsseldorf wird folgen. Auf die Frage: und Köln? antwortete Diez: Wenn eine Festung sich nicht ergibt, dann belagert man sie. Köln wird freiwillig kommen oder wir besetzen es.

#### Die zweite Proklamation lautet:

An die Rheinländer! Die Rheinische Republik ist eine vollgogene Tatsache. Jeder Widerstand wird erbarmungslos niedergedrückt werden. Plünderer und Ruhestörer werden aus strengster Bestrafung werden. Wir wenden unsere ganze Sorgfalt der Frage der Lebensmittelversorgung der Arbeiter zu. Wahrt Ordnung und Friede! Die vorläufige Regierung: (gez.) Beder, Dr. Guthardt.

#### In Mainz.

Mainz, 22. Okt. Am Montag morgen 4 Uhr bemächtigten sich die Separatisten der Polizeigebäude und riefen die Rheinische Republik hier aus. An der Spitze der Bewegung steht der berühmte Amtsgerichtsrat Diebing. In Worms und Bingen ist zurzeit noch alles ruhig.

#### Entwaffnung der Bonner Polizei.

Berlin, 22. Okt. In Bonn ist am Samstag die Schuppolizei von bewaffneten Separatisten entwaffnet worden. Als die Reichsregierung von diesem Vorgang Kenntnis erhielt, richtete sie an die französische Regierung eine scharfe Protestnote. Ministerpräsident Poincare hat am Sonntag darauf geantwortet, er habe bereits Anordnung getroffen, daß die Bonner Polizei ihre Waffen wieder erhalten soll. In der Antwort Poincares findet sich der merkwürdig anmutende Satz: Die Bonner Polizei dürfte aber nicht auf harmlose politische Demonstrationen schließen.

## Neues vom Tage.

#### Unruhen in Essen.

Essen, 22. Okt. Am Samstag kam es in Essen an verschiedenen Stellen der Stadt insbesondere auf dem Bockensmarkt, zu Unruhen, die das Einschreiten der Polizei notwendig machten. Es wurden einige Schreckschiffe abgegeben, und als das nicht half, wurde auch scharf geschossen. Dabei wurden ein Mann und eine Frau leicht verletzt, während eine Anzahl anderer Personen Verletzungen durch Hieb- und Stichwaffen davon trug.

Auch in Mülheim a. R. kam es zu Unruhen. Die Lebensmittelhändler wurden hart bedroht. In W.

Betracht der gefährlichen Lage nahmen die Lebensmittelhändler eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise vor. Die Polizei mußte jedoch wiederholt einschreiten. Es wurden Schreckschiffe abgegeben und die Straßen mit blauer Waffe geräumt.

Der Vertrag mit der Otto Wolff-Gruppe unterzeichnet. Paris, 22. Okt. Der „Intransigeant“ meldet, daß der endgültige Vertrag mit der Otto Wolff-Gruppe unterzeichnet worden ist. Gegenwärtig seien wichtige Verhandlungen mit der Stinnes-Gruppe im Gange. Die Vertreter der Stinnes-Gruppe, Stinnes und Altkner, werden am Montag früh von neuem von dem französischen Vertreter Franck empfangen.

#### Die Einstellung der Ruhrunterstützungen.

Köln, 22. Okt. An den Berliner Meldungen über die angebliche Einstellung sämtlicher Zahlungen an das besetzte Gebiet, die am 20. Oktober in Kraft trat und die die Erregung in dem besetzten Gebieten verschärft hat, ist richtig, daß die Zahlung der eigentlichen Rhein- und Ruhrgebühren ausgesetzt hat, dagegen bleibt die allgemeine Erwerbslosenunterstützung bestehen, und ihre Sätze betragen im Rheinland und im Ruhrgebiet bis Ende des Monats noch immer das Anderthalbfache der Sätze für das übrige Deutschland.

#### Die Frankwährung im besetzten Gebiet.

Brüssel, 22. Okt. Nach einer Meldung der „Agence Belge“ aus Koblenz hat die Rheinlandkommission die Eisenbahnregie ermächtigt, auf Franken lautende Verkehrscheine für Zahlungen an die Eisenbahnen in den besetzten Gebieten auszugeben. Diese Verkehrscheine sollen der Regie Währungsverluste infolge der Kursschwankungen der Mark ersparen und dazu dienen, aus dem Rheinland die französischen und belgischen Franken herauszuziehen, deren wachsender Umlauf zu einer Inflation zu führen drohe.

#### Der neue Reichswehrminister.

Berlin, 22. Okt. Graf Kautsky-Vodangen ist zum Reichswehrminister ernannt worden. Er gilt als einer der besten Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Graf Kautsky hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei und der deutschnationalen Fraktion des Reichstags vollzogen, weil er „eine Obstruktion, wie sie die Deutschnationalen beim Ermächtigungsgesetz trieben, nicht mitmachen könne.“

#### Der Münchner Prozeß.

Kottbus, 22. Okt. In der Montagverhandlung gegen die 14 an den Münchner Vorgängen Beteiligten wurde nach Feststellung der Personalien auf Antrag des Anklagevertreters die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Unmittelbar an den gegenwärtigen Prozeß werden sich weitere Verhandlungen gegen die in Haft befindlichen anschließen.

#### Die Bremer Börse wegen Unruhen geschlossen.

Bremen, 22. Okt. An der Berliner Börse traf heute gegen Mittag die Nachricht ein, daß die Bremer Börse wegen Unruhen geschlossen sei.

#### Ergebnislos verlaufen.

MW. Berlin, 23. Okt. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Gentischen meldet, sind die gestrigen Verhandlungen der Herren Stinnes, Altkner und Bögl mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission ergebnislos verlaufen. Die Industriellen erklärten die Erfüllung der Forderung nach Vergütung der Kohlensteuer für unmöglich. Unter diesen Umständen könnten sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

## Ein mannhafter Brief an General Degoutte

Der Streit, in welcher Form mit den Franzosen die Verhandlungen über die Wiederinbetriebung des Wirtschaftsbetriebes im Ruhrgebiet gepflogen werden sollen, ist inzwischen einigermaßen durch die Entwicklung überholt worden, denn diese Verhandlungen nehmen ihren vorgezeichneten Verlauf, so wie die Verhältnisse es auf Grund der einmal gegebenen Lage vorschreiben. In welcher geistigen Einstellung sie aber von deutscher Seite allein geführt werden können und dürfen, zeigt in unwiderleglicher Form der jetzt bekannt werdende Brief des bekannten Großindustriellen Fritz Thyssen an den General Degoutte, der die sehr interessante und bemerkenswerte Antwort auf die „Anregung“ der französischen Ingenieurkommission, den Betrieb wieder aufzunehmen, darstellt. Man erinnert sich dabei wohl, daß Thyssen seinerzeit der erste war, der den französischen Einbrüche an auf deren Ansinnen, mit ihnen zusammen zu arbeiten, ein energisches und aufrechtes Nein! zur Antwort gab. Thyssen sicherte sich damals, in der ersten Zeit des Ruhrverbruchs, die Sympathien des ganzen deutschen Volkes, denn sein Auftreten war geeignet, von Anfang an den Tatbestand vor aller Welt festzunageln. Auch jetzt findet der deutsche Großindustrielle gegenüber dem französischen General das treffende Wort. Er erklärt, daß er es ablehne, mit Vertretern einer fremden Macht über wichtigste Souveränitätsrechte des eigenen Landes zu verhandeln und weist auf seine Pflicht als deutscher Staatsbürger hin, indem er sich weigert, der Reichsregierung durch irgend welches Faktieren mit dem Gegner Schwierigkeiten zu bereiten. Ja, er geht sogar so weit zu erklären, daß er derartige Verhandlungen sogar vernünftigerweise, selbst wenn die deutsche Regierung den Ruhrindustriellen freie Hand zugestünde. Des weiteren beweist Thyssen dem französischen General in länder Form, daß die von den Franzosen gestellten Bedingungen erstens absolut widersinnig und zweitens undurchführbar seien, und schließlich nimmt Thyssen sogar einen jetzt vom Reichskanzler vertretenen Standpunkt vorweg, indem er die Franzosen auf die zu befürchtenden katastrophalen Folgen ihrer Politik hinweist. Alles in allem ist dieser Brief ein mannhafter und dankenswerter Befund zum Deutschen Reich, dessen innerer Wert gerade in diesen Tagen nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

# Nus Stadt und Land.

Freitag, 23. Oktober 1923

**L.C. Der neue Erzeugermilchpreis.** Der neue Erzeugermilchpreis für die Zeit vom Mittwoch, 24. bis Freitag, 26. Okt. einsehl. beträgt für 1 Liter Frischmilch bei Sammelstelle 200 Millionen M.

**L.C. Die Aufhebung der Milchzwangsverordnungen.** Nach einer Mitteilung des Ravensburger Bürgermeister Meier, der früher Reg.-Rat bei der Landesverwaltungsstelle war und der heute noch die besten Beziehungen zu seinen Stellen besitzt, die sich als traditionelle Säterinnen aller gegen die Landwirtschaft gerichteten Zwangsmaßnahmen betrachten, sollen alle Zwangsverordnungen für Milch in Württemberg bis zum Ende dieses Monats fallen.

**Die Brotverbilligung.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Um dem bedürftigen Teile der Bevölkerung den Bezug von Brot nach Fortfall der öffentlichen Brotversorgung zu erleichtern, hat die Landesregierung folgende Anordnungen getroffen: Für die reichen Familien findet eine Verbilligung des Brotes statt in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern. Beschäftigt werden dürfen nur besonders bedürftige Familien und zwar, wenn der Vater noch lebt, das 1. Kind und weitere Kinder; wenn der Vater nicht mehr lebt, das 3. Kind und weitere Kinder. Ausgeschlossen sind Kinder über 16 Jahren und solche von Brotstellungsverorgern, auch Teilzeitsverorgern. Die Verbilligung darf für das Kind wöchentlich 40 v. H. des Preises für 4 Pfund Brot nicht übersteigen. Die Auswahl der Familien haben die Gemeinden im Benehmen mit den in der öffentlichen Fürsorge tätigen Stellen und Personen zu treffen.

**Dem Landw. Bezirksverein Regeld.** Am letzten Sonntag hielt der Landw. Bezirksverein im Schulhaus in Ebnhausen eine erweiterte Anschlußtagung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung: Vereinsbeitrag, Viehwerte und Wühle, eroberte der Vorsitzende der Verdienste um den Verein durch Ableben ausgeschiedenen Ausschussmitglied Schultheiß Schleich-Neuberg und forderte die Anwesenden auf, zu dessen ehrenden Andenken sich von den Sigen zu erheben. In Punkt 1 der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß der Landw. Hauptverband in Stuttgart der vom Landw. Bezirksverein zu erhebenden Jahresbeitrag in Geld verlangt. Deshalb beschloß die Versammlung, die Beiträge für Landw. Hauptverband, Bezirksverein, Kalender und Wochenblatt durch Ablieferung von Getreide zu erheben. Besant wurde, daß in gegenwärtiger Zeit die einzelnen Bezirksvereine durch Zusammenfluß in die Spitzenorganisation des Hauptverbandes denselben dringend benötigen. In Punkt 2 der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß die Viehwerte in Unterschwaben von den Besitzern an Schafhalter Käufle um 2 Pfr. Weigerpacht pro Morgen verpachtet wurde. Diese Pachtsumme sei für den Landw. Bezirksverein zur Weiterführung der Viehwerte zu hoch, deshalb sei von einer Pachtvorsicherung abgesehen worden und soll das dortige Inventar mit Ausnahme des Viehpostens verkauft werden. In Punkt 3 der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß eine Rentabilität der vom Verein gepachteten Rohborfer Mühle bei Erhebung des Mahllohns in Papiermark durch die fortwährende Geldentwertung zweifelhaft sei, deshalb wurde beschlossen, den Mahllohn durch Mitter zu erheben. Von den anwesenden Landwirten wurde gefordert, daß für alle Leistungen in der Landwirtschaft Lebensmittel, haupts. Weizen, verlangt werde, daß kleineren Landwirten nicht einmal der eigene Bedarf Abzug bleibe. Demgegenüber wurde vom Vorsitzenden betont, daß für den Landwirt keine gesetzlichen Bestimmungen bestehen, wonach der Landwirt seine Rechnungen anfallt in Papiermark in Weizenlieferung begleichen müsse und übermäßige Forderungen in dieser Beziehung einfach abgelehnt werden sollten.

**Badnang, 22. Okt.** (Ein Zwischenfall.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Als am Samstag morgen auf Veranlassung des Bezirkskommandeurs einige kommunistische Agitatoren in Badnang verhaftet worden waren, rottete sich eine größere Anzahl Arbeiter zusammen, um den Abtransport der Verhafteten zu verhindern. Die Betriebe wurden stillgelegt und die sich ansammelnde Menge nahm gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung ein. Schließlich gelang es, ohne daß es zu ernstlichen Zwischenfällen kam, die in Säuferei genommenen mit dem Auto abzutransportieren. Eine Kompanie Reichswehr, die zufällig durch die Station Badnang fuhr, wurde ausgeladen, brauchte aber nicht mehr einzugreifen. Da die Lage zunächst als bedrohlich angesehen worden war, war auch ein größeres Kommando staatliche Schutzpolizei von Stuttgart mit Kräftemando staatliche Schutzpolizei von Stuttgart mit Kräftemando nach Badnang abgesandt worden. Bei seiner Ankunft war die Ruhe jedoch schon wieder hergestellt, so daß die baldige Rückkehr erfolgen konnte.

**Mannheim, 22. Okt.** (Noch ein Opfer.) Wie mehrfach bekannt wird, haben die Unruhen in Mannheim noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Der 23-jähr. Ray Nibel wurde von einer Kugel getroffen und ist seinen Verletzungen erlegen.

**Heberlingen a. B., 22. Okt.** (Schweres Automobilunglück.) Am Donnerstag früh hat sich bei Ludwigshafen a. B. ein großes Automobilunglück ereignet. Das Lastautomobil des Mineralwasserfabrikanten Ley aus Tuttingen hatte in der Nacht von Pagan aus, wo Wein eingekauft worden war, den Rheinweg angetreten. In der Nähe von Ludwigshafen geriet das Auto auf eine bis jetzt noch unangeklärte Weise vom Wege ab und fuhr die steile Böschung hinunter. Der Fahrer, Fabrikant Ley, und der weitere Insasse, Weinhändler Dreher, ebenfalls von Tuttingen, wurden dabei furchtbar zugerichtet und waren jedenfalls sofort tot. Der Fahrer war völlig eingedrückt.

## Politisches aus Württemberg.

### Einberufung des Reichsrats beantragt.

Staatspräsident Dr. Hieber hat anlässlich des Konflikts zwischen Reich und Bayern namens des württembergischen Staatsministeriums beim Reichskanzler die sofortige Einberufung des Reichsrats beantragt.

### Zum Zivilkommissar für Württemberg.

Die Frage der Bestellung eines Zivilkommissars für Württemberg hat in den letzten Tagen zu mancherlei Presse-Erörterungen Anlaß gegeben. Die Ernennung des Innenministers Holz wurde bekanntlich durch den republikanischen Reichsland verhindert. Die württ. Regierung hand von Anfang an auf dem Standpunkt, daß, sofern überhaupt ein Zivilkommissar für Württemberg ernannt werden sollte, dies nur der Minister des Innern sein könnte. Sie hat diese Auffassung auch gegenüber der Reichsregierung vertreten.

### Die Gegenfrage.

Abg. Stetter (Komm.) hat folgende kleine Anfrage im Landtag eingebracht: Seit mehreren Monaten bestehen in Württemberg geschlossene Stütztrupps der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die in enger Verbindung mit namhaften Führern der württ. Bürgerpartei stehen und trotz der Verordnung der württ. Regierung, die die Auflösung dieser bewaffneten Hundertschaften vorsah, nach wie vor ihre geschlossenen Reibungen abhalten und dadurch die arbeitende Bevölkerung aufs schwerste bedrohen. Ist dem Staatsministerium bekannt, daß am Sonntag, den 14. Oktober, auf dem Kern ein Stütztrup von 300 bewaffneten Nationalsozialisten unter der Führung des Herrn Majors a. D. Prinzen von Wied Felddienstationen abhielt und verschiedene Spaziergänger aufs schwerste beleidigte? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um den offenen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg seitens der nationalsozialistischen Hundertschaften und deren Drahtziehern, den Führern der württ. Bürgerpartei, Einhalt zu gebieten?

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Die „Rote Fahne“ abermals verboten.** Vom Reichswehrministerium ist ein neues Verbot der „Roten Fahne“ ergangen, weil das Blatt wieder zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufforderte und den politischen Generalsekretär proklamiert hat.

**Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“.** Der Militärbefehlshaber in Stuttgart hat die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von 14 Tagen vom 22. Okt. bis 4. Nov. 1923 einschließend verboten.

**Einseitigkeit der Berliner Sozialdemokraten.** Am Sonntag ist die bereits zweimal vertagte sozialdemokratische Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg beendet worden. Die Neuwahl des Vorstandes des Bezirksverbandes ergab einen, wenn auch knappen Sieg der Opposition. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Abg. Künzler gewählt, der 225 von 440 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte.

**Wegen Beschimpfung der deutschen Frauen ausgewiesen.** Die Gattin des in München lebenden russischen Schriftstellers Alexander Glasberg wurde aus Bayern ausgewiesen. Glasberg selbst hat sich bereit erklärt, Bayern freiwillig zu verlassen. Frau Glasberg ist wegen unflätiger Beleidigung der deutschen Frauen (die sie als Boche bezeichnete) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

## Handel und Verkehr.

### Dollarstand am 22. Oktober:

Berlin 39 900 000 000 G. 40 100 000 000 Br.  
Frankfurt 55 850 000 000 G. 56 140 000 000 Br.

1 Goldmark = 9 523 800 000 (2 857 100 000) Papiermark

**Amtl. Berliner Devisentaxe vom Montag, 22. Okt.:**

Amsterdam 15 561 000 000 G., 15 639 000 000 Br.  
Brüssel 2 034 900 000 G., 2 045 100 000 Br.  
Christiana 6 144 600 000 G., 6 175 400 000 Br.  
Stockholm 10 473 750 000 G., 10 526 250 000 Br.  
Kopenhagen 6 942 600 000 G., 6 977 400 000 Br.  
Italien 1 789 515 000 G., 1 798 485 000 Br.  
London 179 350 000 000 G., 180 450 000 000 Br.  
Paris 2 342 130 000 G., 2 353 870 000 Br.  
Schweiz 7 112 175 000 G., 7 147 825 000 Br.  
Spanien 5 346 600 000 G., 5 373 400 000 Br.  
Deutsch-Oesterreich 564 585 G., 567 415 Br.  
Prag 1 185 030 000 G., 1 190 970 000 Br.  
Buenos Aires 12 768 000 000 G., 12 832 000 000 Br.

### Wirtschaftszahlen vom Montag:

Goldzollausgeld (20.—23. Okt.) 93 599 999 900 v. H.  
Goldfranken (ab 19. Okt.) 20 Fr. = 34 000 Mill.  
Goldankaufspreis 1 Kg. = 640 Dollar.  
Silberankaufspreis 1 000 000 000fach.  
Personenverkehrsindex 600 Mill.  
Güterverkehrsindex 1000 Millionen.  
Goldumrechnungsfuß f. Steuern (20.—23.) 936 Mill.  
Buchhändlergeschäftszahl 3000 Millionen.  
Buchdruckergeschäftszahl 90 Millionen.  
Bettungsangelegenheitszahl 2 Millionen.

**Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 22. Okt.** (In Milliarden): Weizen, märk. 74—76, steigend; Roggen, märk. 68—70; Gerste, Sommergerste 60—68; Haber, märk. 55—56; Weizenmehl 200—220, Roggenmehl 195—210; Weizenkleie 31, Roggenkleie 32—35; Raps 100—120, Viktoriaerbsen 90—95.

**Stuttgarter Börse, 22. Okt.** Trost dem der Dollar mit 40 notiert wurde, gingen die Effekten nicht in dem Maße mit wegen der politischen Unsicherheit und der großen Geldknappheit. Am amtlichen Markt waren die Kurse wesentlich höher, wogegen im Freiverkehr anlässlich einer schwächeren Haltung sich bemerkbar machte. Erst gegen Mitte der Börse setzte eine festere Tendenz ein, welche sich bis zum Schluss erhielt. Beim offiziellen Markt erwähnen wir: Anilin + 95, Belfer +

2500, Dalmier + 3500, Kommender Tag + 2000, Jungfahne + 11 000, Röm-Rottwell + 31 000, Stuttgarter Jücker + 37 000.

**L.C. Stuttgarter Landesproduktentörse, 22. Okt.** Auf der Stuttgarter Landesproduktentörse waren Preisnotierungen unmöglich.

**Mannheim, 22. Okt.** Dem Viehmarkt am Montag waren zugeführt: 67 Kühe, 27 Bullen, 120 Rinder und Kinder, 102 Kälber 16 Schafe, 120 Schweine. Für 1 Pfd. Lebendgewicht je nach Klasse wurden notiert: Kühe 1,1—1,8, Bullen 1—1,5, gering genährtes Jungvieh (Kälber) 0,5—0,9, Kälber 1,2—1,8, Schafe 1—1,5, alles in Milliarden M., Schweine wurden nicht notiert. Marktverlauf: Großvieh mittelmäßig, geräumt; Kälber lebhaft, ausverkauft.

### Herbstnachrichten.

**Oberkessel.** Bei der Verfertigung des Portugieser waren zahlreiche Wirte und Bringärtnere anwesend. Erzielt wurde 90 Goldmark pro Hektoliter unzurechnend dem Satz für die Landabgabe am Tage der Zahlung. Quantität schätzte allgemein etwas vor.

## Letzte Nachrichten.

### Sachsen.

#### Der Truppenmarsch in Sachsen.

**WZB. Dresden, 22. Okt.** Ueber den Truppenmarsch im Freistaat Sachsen erfahrene wir folgendes: Die zur Herstellung von verfassungsmäßigen Zuständen bestimmten Truppen haben sich planmäßig ohne jeden Zwischenfall am 21. Okt. unter Führung des Generals Felsch im Raume Königsbrunn-Bischdorf bei Dresden, unter Führung des Generals von Ledebour im Raume Leipzig-Bliesdorf und unter Führung des Obersten Föhrenbach am Hof versammelt. Bei den am Hof versammelten Truppen handelt es sich um württembergische Verbände. Am 22. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten. Sie werden an diesem Tage die Gegend von Leipzig und die Gegend nördlich Dresden und Meissen auf der Linie Ravenhof—Burgen und Delitzsch—Blauen erreichen. Auf die Route, die in Meissen einschlägt, wurde geschlossen. Die Truppe erwiderte das Feuer. Es gab mehrere Verletzte. Der kommunistische Rumpf wurde verhaftet. Morgen Vormittag wird der Befehlshaber, Generalleutnant Müller, die an diesem Tage durch die Stadt Dresden marschierenden Truppen am Rathaushaus an sich vorbeimarschieren lassen.

#### Der Konflikt zwischen Bayern u. dem Reich.

In München wurden die bayerischen Truppen Montag Vormittag verhaftet. Die Verhaftung nahm der Stadtkommandant, General von Danner, vor, wobei die Truppen in voller Ausrüstung aufgestellt genommen hatten. Nach einer Ansprache des Herrn von Löffow spielte die Musik das Deutschlandlied. Zum Schluss erfolgte ein Vorbeimarsch der Truppen vor Herrn von Löffow.

Die deutschdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat im Hinblick auf den Verfassungskonflikt, der die deutsche Einheit gefährdet, beim Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags beantragt.

**WZB. Berlin, 22. Okt.** Auf Anregung Württembergs wird am Mittwoch nachmittag eine Sitzung der stammführenden Mitglieder des Reichsrats stattfinden, in der die außen- und innenpolitische Lage besprochen werden wird.

**WZB. München, 22. Okt.** Ministerpräsident von Rilling erklärte der Presse, daß man die Entlassung von Löffow in Bayern unmöglich hinhinnehmen könne. Ein Falllassen Löffows wäre eine glatte Kapitulation für die bayer. Regierung gewesen. Der Ministerpräsident wandte sich schon gegen die Auffassung, als ob das Handeln der bayerischen Regierung den Konflikt zur Lösung vom Reich bedeute. Der Reichsgedanke werde in der Regierung jederzeit hochgehalten. Deshalb sei sie aber auch gezwungen, sich gegen die Angriffe zu wehren, die für das Verbleiben Bayerns in der Reichsgemeinschaft nicht gedeihlich wären. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit hänge nun von dem Verhalten der Reichsregierung ab.

**WZB. Berlin, 23. Okt.** Die Reichsregierung beschloß sich gestern in einer Kabinettsitzung mit den Vorgängen in Bayern und im Rheinland. In der bayerischen Angelegenheit blieb es laut „Berliner Tageblatt“ bei dem Beschluß des Kabinetts, die Frage dem Reichsrat, der morgen zusammentritt, zu unterbreiten.

Ueber die Haltung der bayerischen Regierung glaubt der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilen zu können, daß von München vor der für Mittwoch in Aussicht genommenen Sitzung des Reichsrats weitere konkrete Schritte nicht zu erwarten seien.

**WZB. München, 22. Okt.** Die bayerische Sozialdemokratie nimmt in einer Erklärung zu dem Konflikt Stellung, in welcher sie die Liebe zur bayerischen Heimat betont, aber auch die Notwendigkeit, sich einzufügen in ein großes einiges deutsches Reich. Die Sozialdemokratie werde nicht unversucht lassen, um den Zerfall des Reiches aufzuhalten und die gelebte Einheit wieder zu festigen.

Der Gewerkschaftsbund Bayerns sagte ebenfalls eine Entschleunigung, in der er betont, daß er von den verantwortlichen Stellen in Bayern und im Reich erwarte, daß eine baldige Einigung auf dem Boden der Verfassung erfolge.

Auch die deutsche Volkspartei Bayerns veröffentlichte einen Aufruf, in dem konstatiert wird, daß Bismarcks Vermächtnis in seinen Grundfesten wankt. Ueber allen Rechts-, Macht- und Personenfragen stehe der einzige Gedanke: „Das Reich muß uns bleiben.“ Es heißt dann: Deshalb wenden wir uns in dieser verhängnisvollen Stunde an die Reichsregierung, den Staatskommissar v. Kahr und das bayerische Staatsministerium mit der Bitte, den drohenden Bruch zu verhindern. Wir wenden uns an alle, die sich gute Deutsche nennen, mit der Bitte: Stellt das Trennende beiseite; schart Euch um uns; haltet das Reich!

## Ueber die Tätigkeit der Sonderbändler

um die Errichtung einer rheinischen Republik liegen von gestern folgendes weitere Nachrichten vor:

**WTB. Mainz, 22. Okt.** Früh 4.30 Uhr drangen Separatisten in die Stadt ein. Sie wurden mit Schüssen empfangen und zogen sich zurück. Zwischen 5 und 6 Uhr versuchten die Separatisten in das 5. Polizeirevier einzudringen, wobei es zu einer Schießerei kam, bei der es Verwundete gab. Die Separatisten zogen daraufhin das Feld.

**WTB. Mainz, 22. Okt.** Wie wir von amtlicher Seite erfahren, kann von einer Ausrufung einer rheinischen Republik in Mainz keine Rede sein. Lediglich wurden in der vergangenen Nacht von Seiten der Separatisten Patrouillen unternommen, die aber erfolglos abgeschlossen wurden. Im Laufe des heutigen Tages ist es nirgends zu Aufrührungen gekommen.

In Jülich ist ein Versuch der Separatisten, die Rheinische Republik auszurufen, am Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

In Koblenz ist die Lage unübersichtlich; die Stadt ist ruhig. Belgische Truppen sichern die Ordnung (und natürlich auch die Separatisten! Die Schrift!).

In Grefeld wurden auf dem Landesamt und der Bürgermeisterei die Fahnen der sog. „Rheinischen Republik“ durch eine bewaffnete sonderbändlerische Truppe gehißt.

In Breda rissen die Sonderbändler die Verwaltung an sich.

In Trier sind bis jetzt keine weiteren Versuche der Sonderbändler unternommen worden. Die öffentlichen Gebäude sind nach wie vor versammelt.

In Düren wurde auf dem Rathaus die rot-weiß-grüne Fahne der Sonderbändler gehißt und Bürgermeisterei, Landesamt, Post und Banken von den Sonderbändlern besetzt.

Auch in Mägen-Gründchen wurde auf dem Rathaus von den Sonderbändlern die rot-weiß-grüne Fahne gehißt. Gewerkschaftsleiter Schildknacht wurde von ihnen zum Bürgermeister bestimmt. Die Stoßtrupp der Separatisten zogen dann nach Diersen weiter, wo gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr die rheinische Republik ausgerufen wurde. Von hier ging der Zug nach Grefeld.

In Weyen proklamierte der Führer der dortigen Separatisten die rheinische Republik. Den öffentlichen Behörden wurden Sonderbändler zur Aufsicht beigegeben.

Nach einer Meldung des „Voss. Zig.“ aus Frankfurt a. M. soll gestern Abend in Wiesbaden die Rheinische Republik ausgerufen worden sein. Das Rathaus und die Regierungsgebäude seien durch die Sonderbändler besetzt worden.

**WTB. Bonn, 23. Okt.** Der französische Oberdelegierte hat gestern der Stadtverwaltung Bonn mitgeteilt, daß die

Polizei bis 4 Uhr nachmittags sämtliche Schusswaffen abzugeben habe. Auf den Protest der Stadtverwaltung hin erging schließlich die Mitteilung, daß der Befehl zurückgezogen werde und die Polizei ihre Waffen behalten dürfe. Gestern Nachmittag um 4 Uhr erhielt die Stadtverwaltung neuerdings von den französischen Oberdelegierten die Mitteilung, daß sodann ein Kommandobefehl ergangen sei, daß auf Sonderbändler nicht geschossen werden dürfe. Die französische Gendarmerie sei zur Beobachtung der Vorgänge in Bonn bereitgestellt, um festzustellen, wer bei etwaigen Zusammenstößen zuerst schießen werde. Von französischer Seite wurde darauf betont, daß die Sonderbändler unter keinen Umständen auszutreten. Französische Militärkommandos seien zum sofortigen Eingreifen bereit. Nach sicheren Informationen beabsichtigen die Sonderbändler, die ihre Truppen sammeln und mit Karabinern bewaffnen, heute Nacht 2 Uhr, gewaltsam alle öffentlichen Gebäude in Bonn zu besetzen. Infolge des franz. Schießverbotes ist die deutsche Polizei fast machtlos.

**WTB. Berlin, 22. Okt.** Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, erklärte der jetzt in Barmen amtierende Düsseldorf-Regierungspräsident Gräber, daß mit einem Erlingen des separatistischen Patrosches in großem Umfang nicht zu rechnen sei. In Düsseldorf selbst seien 200 Separatisten auf sich gefügt worden. Im Stadtkreis Düsseldorf ebenso wie in Rheindorf herrsche Ruhe.

**WTB. Paris, 23. Okt.** Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Meldung aus Düsseldorf sollen in Banne gestern Vormittag beim Schluß einer Separatistenversammlung zwei Sonderbändler bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten durch Revolververletzungen getötet worden sein. Mehrere Kommunisten seien verletzt worden, darunter einzelne ziemlich schwer.

### England und die Separatisten.

**WTB. London, 22. Okt.** Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Sollten die Separatisten auf dem Einbringen über die britische Zone bestehen, so würde sich General Seley und die britische Regierung veranlaßt sehen, eine sehr wichtige Entscheidung zu treffen. Alle politischen und sozialen Unruhen im besetzten Gebiet außerhalb der britischen Zone könnten nur die Entschlossenheit der britischen Regierung stärken, ihre Autorität vor einer allgemeinen Regelung nicht dadurch zu schwächen, daß man sie teilt.

**WTB. London, 23. Okt.** Einer Neutermeldung aus Louisville (Kentucky) zufolge erklärte Floyd George zu der Ausrufung der Rheinischen Republik in Koblenz, es bestehe kein Zweifel, daß französische Geld hinter der Bewegung stehe, und fügte hinzu, er sei von allem Anfang an der Ansicht gewesen, daß die französische Invasion des Ruhrgebietes in erster Linie den Zweck verfolge, die Ausrufung der Rheinischen Republik zu erzwingen.

### Belgien.

**WTB. Paris, 22. Okt.** Nach einer Staats-Meldung aus Brüssel verlautet „XXIème Sigle“ zufolge, daß der belgische Kriegsminister seinen Radikalschrei, General Siron, zu Informationszwecken nach Aachen geschickt habe.

Die Auswirkung des Streikes zwischen Bayern und dem Reich im Ruhrgebiet.

**WTB. Berlin, 23. Okt.** Was gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird uns mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Reichs-Handreich haben die ohnehin kritische Situation im Ruhrgebiet bis zum Äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Eindeutigkeit betont, daß das Zusammenstoßen der Ereignisse in München und Aachen den schweren Schlag, den das besetzte Gebiet in dieser entscheidungsreichen Stunde habe treffen können, war. Die Auffassung weitestgehend gehe dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die Weiterentwicklung der innerdeutschen Verhältnisse abwarten wollten. Der Aachener Handreich wiederum wird mit der Zustimmung der Lage an der Ruhr auch im direkten Verbindung gebracht. Es darf kein Zweifel bestehen, daß aber, daß ihre Auswirkungen die Lage im Ruhrgebiet am schwersten belasten. Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu befürchten Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen darf nicht übersehen werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbändlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auch die Abtrennung des Ruhrgebietes politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebietes durchzuführen versuchen. Die mitzuteilte wird, haben die großen Mächte von Götting und der Union Freischichten für die ganze Woche eingesetzt.

### Eine Militärrevolte in Athen.

**WTB. London, 23. Okt.** Reuters meldet aus Athen: Eine Militärrevolte ist ausgebrochen, an der 2000 Mann mit 6 Geschützen unter dem royalistischen General Metaxas beteiligt sind.

### Wetter.

Der Luftdruck ist nach Norden abgezogen, doch sind die Störungen noch nicht ganz ausgeglichen. Für Mittwoch ist ziemlich milde, aber unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Niekerische Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

## Amliche Bekanntmachungen.

### Raminfegergebühren.

Die Gebühren der Raminfeger werden mit Wirkung vom 19. Oktober 1923 ab bis auf Weiteres auf das 183 Millionenfache der Festsatzung vom 1. Juli 1919 (Staatsanzeiger Nr. 249 vom Jahre 1921) bestimmt. Umfassender darf noch besonders angerechnet werden.  
Ragold, den 22. Okt. 1923. Oberamt: R a n g.

## Landw. Bezirksverein Calw.

### Auf Lager ist:

**Thomasmehl** in 1 1/2 Zentner-Zutefäden zu 6 Goldmark pro Zentner.

**Rheiniaphosphat** in 1 1/2 Zentner-Zutefäden zu 7,2 Goldmark pro Zentner.

Ausgabe gegen bar oder Tausch gegen Kartoffeln oder Getreide und zwar:

1 Zentner Thomasmehl gegen 2 Zentner Kartoffeln bzw. 80 Pfd. Weizen, 70 Pfd. Roggen oder 1 Zentner Hafer.

1 Zentner Rheiniaphosphat gegen 2,4 Zentner Kartoffeln bzw. 70 Pfd. Weizen, 85 Pfd. Roggen oder 1,2 Zentner Hafer.

### Ferner ist auf Lager:

Kalifalz 4 Prozent, Koch- und Viehsalz, Rainit, Hafer.

Ausgabe Mittwoch und Samstag.

Die Geschäftsstelle.



**Dixie**  
Henkel's  
Seifenpulver

Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

## Familienkalender

für 1924

sind zu haben in der

B. Nieker'schen Buchhandlung.

### Widder.

Tausch gegen Kartoffeln

1 Sofa

1 Nähmaschine

1 Ofen.

Alles gut erhalten.

Café Beckle.

## Altensteig-Dorf.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, den 25. d. Mts., nachm. 4 Uhr auf dem Rathaus



Den 22. Oktober 1923.

ca. 37 Fstn.

**tann. Langholz**

aus Engwald,

Gemeinderat.

## Mineral-Oel

für die verschiedensten Zwecke,

**Consistentfett**  
Carbolineum, Teer usw.

empfehlen bei billigsten Preisen

**LorenzLuz jr.**

ALTENSTEIG Telefon Nr. 46.

## Zur gefl. Beachtung der Inserenten!

Inserate sind entweder sofort bei Aufgabe oder sofort nach ihrem Erscheinen in der Zeitung, zu bezahlen, andernfalls der zur Zeit der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht werden muß.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung

„Und den Tannen“.

Altensteig, 22. Okt. 1923.

## Todes-Anzeige.

⊕ Tiefbetrübt machen wir Verwandten u. Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser L. Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater

**Louis Schaible, Uhrmacher**

im Alter von 72 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bereidung Donnerstag Mittag 1/2 3 Uhr.

## Zur Verbilligung des Postos

empfehlen wir der Geschäftswelt die

## Herstellung von Postkarten

als solche und als Rechnungen.

Höchstzulässige Größe 15,7 : 10,7 cm sowohl für Hand- wie Schreibmaschinen-Schrift.

**B. Nieker'sche Buchdruckerei Altensteig**  
Telefon Nr. 11.

Altensteig.

## Heinens Mostextrakt

zur Herstellung eines guten Mostes empfiehlt in Packungen für 50 und 150 Liter

**Lorenz Luz jr.** Tel. 46.